

## Inhalt

In eigener Sache..... 3

*Katrin Meyer*

**Geschlecht, Migration und Sicherheit** ..... 7

Aufsätze

*Catharina Peeck-Ho*

**Die Versicherheitlichung von Citizenship:  
Muslimische Frauen als Adressatinnen von Antiterrormaßnahmen  
in der britischen „Prevent“-Strategie** ..... 19

*Alva Träbert/Patrick Dörr*

**„Sofern besonderer Bedarf identifiziert wurde“ –  
Eine Analyse der Gewaltschutzkonzepte der Bundesländer im Hinblick  
auf den besonderen Schutzbedarf von LSBTI\*-Geflüchteten**..... 35

*Theresa Dudler/Jannis Niedick*

**„Fakten können nicht rassistisch sein“?  
Eine kritische Diskursanalyse der ‚Nafri‘-Debatte** ..... 55

*Margo Okazawa-Rey/Gwyn Kirk*

**Maximum Security** ..... 71

Interview

**“We care about feminist notions of genuine security”** ..... 87  
*A conversation with Margo Okazawa-Rey. By Katrin Meyer.*

Rezensionen

*Gesa Köbberling*

**„I can’t breathe“ in der Schweiz.  
Über Racial Profiling, Alltagsrassismus und Widerstand** ..... 99

*Mohamed Wa Baile/Serena O. Dankwa/Tarek Naguib/Patricia Purtschert/  
Sarah Schillinger (Hrsg.) (2019): Racial Profiling. Struktureller Rassismus  
und antirassistischer Widerstand*

<b>Autor*innen .....</b>	<b>107</b>
<b>Bisher erschienene Titel der <i>Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien</i> .....</b>	<b>109</b>
<b>Ausgaben der Vorläuferin <i>Freiburger GeschlechterStudien</i> .....</b>	<b>110</b>

Catharina Peeck-Ho

## Die Versicherheitlichung von Citizenship: Muslimische Frauen als Adressatinnen von Antiterror- maßnahmen in der britischen „Prevent“-Strategie

**Zusammenfassung:** Infolge der Anschläge vom Juli 2005 in London wurde die 2003 eingeführte „Prevent“-Strategie durch die britische Regierung gestärkt, um Radikalisierung entgegenzuwirken und Terrorismus zu verhindern. Eingebettet in eine gesellschaftspolitische Debatte, in der die Frage, was es bedeutet ‚britisch‘ zu sein, zunehmend im Zentrum steht und die Zugehörigkeit von Muslim\*innen nicht mehr nur durch rechtsgerichtete Stimmen in Frage gestellt wird, reicht der Einfluss von „Prevent“ weit über seine ursprünglichen Zielsetzungen hinaus. Er kann als Aspekt einer Versicherheitlichung von *citizenship* betrachtet werden, welche Prozesse des *Otherings* innerhalb der britischen Gesellschaft verstärkt und Verknüpfungen von Religion, Geschlecht und antimuslimischem Rassismus transportiert. Dies wird in diesem Artikel am Beispiel muslimischer Frauenorganisationen analysiert, die in der Anfangsphase eine der Zielgruppen der Strategie darstellten. Die empirische Grundlage bilden qualitative Interviews mit Aktivistinnen und Veröffentlichungen dieser Organisationen sowie von Behörden und Ministerien. Die Analyse des Umgangs mit „Prevent“ verweist auf die Folgen einer engen Verknüpfung von Sicherheits- und Gleichstellungspolitik.

**Schlagwörter:** Versicherheitlichung; Großbritannien; Antiterrorstrategie; muslimische Frauen; *belonging*.

### The Securitization of Citizenship: Muslim Women as Addressees of Anti-Terrorism Measures Within the Framework of the British “Prevent” Strategy

**Abstract:** Following the attacks in London in July 2005, the British government enforced the “Prevent” strategy originally implemented in 2003. It aims at stopping radicalization and preventing terrorism, and is embedded in a social and political debate that revolves around the question what it means to be ‘British’. Within these discourses, not only right wing voices question if Muslims belong to British society. Against this background the influence of “Prevent” reaches far beyond its original aims. It can be regarded as an aspect of a securitization of citizenship that reinforces processes of othering within British society and links constructions of gender, religion, and anti-Muslim racism. The article analyses these tendencies using the example of British Muslim women’s organisations as one of the main target groups of the strategy. The analysis of how organisations deal with the program shows that there are strong connections between security and gender equality politics.

**Keywords:** securitization; Great Britain; counter terrorism; Muslim women; belonging.

## Einleitung

Die Anschläge in London am 7. Juli 2005 gelten als Wendepunkt für Diskurse um Sicherheit in Großbritannien: Die Tatsache, dass die Täter britische Staatsbürger waren, wurde zum Anlass genommen, soziale Konflikte im Land verstärkt zu thematisieren, anstatt – wie es nach dem 11. September 2001 der Fall gewesen war – Terrorismus in erster Linie als Bedrohung von außen zu betrachten. ‚Britische Werte‘ (*british values*) wurden zum wichtigen und umstrittenen Bestandteil gesellschaftspolitischer Debatten (Kundnani 2007; Modood 2010) und der so genannte *Homegrown Terrorism* rückte in den Fokus der Aufmerksamkeit von Behörden.

Im Zuge dessen bekam die bereits 2003 im Zuge der nationalen Antiterrorstrategie CONTEST eingeführte „Prevent“-Strategie eine neue Bedeutung (Qurashi 2018: 2). CONTEST wurde seither regelmäßig aktualisiert, besteht aber nach wie vor aus vier Teilbereichen, die jeweils unterschiedliche Bereiche der Terrorismusbekämpfung umfassen<sup>1</sup>. „Prevent“ soll Radikalisierungsprozesse stoppen und auf diese Weise Terrorismus verhindern (Home Office 2011a). In der aktuellen CONTEST-Strategie wird unter „Prevent“-Maßnahmen zudem die Rehabilitation von Personen thematisiert, die in terroristische Tätigkeiten involviert sind. Behörden arbeiten zu diesen Zwecken mit Bildungseinrichtungen, Gruppen aus dem Bereich der Selbstorganisation von Minderheiten und Sozialarbeit zusammen (HM Government 2018). Der Einfluss von „Prevent“ ist groß, was nicht zuletzt mit den Ressourcen zusammenhängt, die bisher für Maßnahmen gegen Radikalisierung und Sicherheitstechnologien zur Verfügung gestellt wurden. Die Budgets lagen bis 2015 jährlich zwischen 35 und 40 Millionen Pfund, von denen nach Aussage des britischen Innenministeriums ca. fünf Millionen Pfund für die Arbeit auf lokaler Ebene in Schwerpunktgebieten (*priority areas*) vorgesehen waren.<sup>2</sup> Ferner war „Prevent“ über den britischen Kontext hinaus wirksam und hat politische Maßnahmen in unterschiedlichen europäischen Ländern, Kanada, den USA und Australien beeinflusst (Thomas 2012).

Während die anderen Teilbereiche von CONTEST *Pursue*, *Protect* und *Prepare* auf konkrete Anschläge ausgerichtet sind, verfolgt „Prevent“ einen Ansatz, der darauf abzielt, möglichst frühzeitig Interventionsmöglichkeiten zu schaffen und richtete sich speziell in den Anfangsjahren in besonderer Weise an Muslim\*innen. Eine Folge war, dass sie sich durch die Strategie und die damit verbundenen Maßnahmen als Gemeinschaft unter Generalverdacht gestellt sahen (Kundnani 2009). Politische Diskurse um Muslim\*innen in Großbritannien – so das Argument – transportierten seit dem 11. September 2001 verstärkt antimuslimische und rassifizierende Konstruktionen (Kundnani 2007; Afshar 2013), die sich beispielsweise in Debatten um die ‚Selbstsegregation‘ (*self-segregation*) von Muslim\*innen und damit verbundenen Forderungen nach ‚Integration‘ äußerten (Kundnani 2007). „Prevent“ verstärkt diese Tendenzen, indem u.a. auf binäre Strukturen zwischen ‚moderaten Muslim\*innen‘ und ‚Extremist\*innen‘ zurückgegriffen wird, um darüber zu entscheiden, wer als legitimer Teil der Gesellschaft und wer als Sicherheitsrisiko wahrgenommen

Alva Träbert/Patrick Dörr

## „Sofern besonderer Bedarf identifiziert wurde“ – Eine Analyse der Gewaltschutzkonzepte der Bundesländer im Hinblick auf den besonderen Schutzbedarf von LSBTI\*-Geflüchteten

**Zusammenfassung:** Gemäß EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU ist Deutschland zur rechtlichen Verankerung geeigneter Maßnahmen bei der Unterbringung Geflüchteter sowie zur Identifizierung besonderer Schutzbedarfe verpflichtet. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI\*) Geflüchtete werden in der Richtlinie nicht als besonders schutzbedürftige Gruppen benannt. Zwar hat die Bundesregierung 2017 bei der Ergänzung der bundesweiten Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften dem LSBTI\*-Schutzbedarf durch einen Katalog spezifischer Schutzmaßnahmen Rechnung getragen, jedoch liegt die Kompetenz bezüglich der Unterbringung und des Gewaltschutzes bei den Bundesländern. Der Artikel analysiert daher die vorliegenden Gewaltschutzkonzepte der Bundesländer im Hinblick auf die Verankerung dieses besonderen Schutzbedarfs. LSBTI\*-relevante Schutzmaßnahmen werden in Form von Clustern detailliert vorgestellt und so spezifische Bedarfe herausgearbeitet. Insgesamt verfügten im Beobachtungszeitraum (01.01.-10.03.2019) nur 9 von 16 Bundesländern über ein Gewaltschutzkonzept – diese verankerten im Schnitt weniger als ein Drittel der in den Mindeststandards beschriebenen LSBTI\*-spezifischen Schutzmaßnahmen.

**Schlagwörter:** LSBTI\*-Geflüchtete; Gewaltschutz; Homo- und Transfeindlichkeit; Asyl; Geschlechtsspezifische Diskriminierung.

### “If specific needs are identified” – Analysing federal states’ legal provisions for the protection of LGBTI refugees in Germany

**Abstract:** As specified in the European Directive 2013/33/EU, Germany is legally obligated to implement appropriate measures in refugee accommodation and to identify particularly vulnerable persons and their needs. The directive does not include lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI+) refugees in the group of particularly vulnerable persons. Although Germany’s federal government does recognise their specific vulnerability in its 2017 edition of the federal Minimum Standards for the Protection of Refugees and Migrants in Refugee Accommodation Centres and provides a catalogue of respective protective measures, the responsibility for refugee accommodation and protection lies with the sixteen federal states. This article therefore analyses the federal states’ existing legal provisions with regard to the implementation of special protection for LGBTI+ refugees. Relevant measures are examined in detail and clustered to highlight specific protection needs. In the period of observation, only nine out of sixteen federal states had set legal provisions. On average, these covered less than a third of the LGBTI+-specific protective measures laid out by the federal Minimum Standards.

**Keywords:** LGBTI+ refugees; safety measures; anti-gay/anti-trans violence; asylum; gender-based discrimination.

Diese Untersuchung widmet sich der Frage der normativen Verankerung des besonderen Schutzbedarfs lesbischer, schwuler, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher (LSBTI\*) Geflüchteter in Deutschland, das heißt konkret seiner Verankerung in den Gewaltschutzkonzepten (GSK) der deutschen Bundesländer, in deren Kompetenzbereich die Unterbringung und der damit verbundene Gewaltschutz Geflüchteter fällt. Durch die EU-Aufnahmerichtlinie (Art. 21 und 22 2013/33/EU) zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, ist Deutschland seit 2013 verpflichtet, innerhalb einer angemessenen Frist besonders schutzbedürftige Personen zu identifizieren und entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Obwohl LSBTI\* in der nicht abschließenden Aufzählung schutzbedürftiger Personengruppen der EU-Richtlinie nicht explizit erwähnt werden, sind sie durch die Bundesregierung in den „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ seit 2017 (BMFSFJ/UNICEF 2017) als solche anerkannt.<sup>1</sup> Hintergrund ist die besondere Gewaltgefährdung von LSBTI\*-Geflüchteten in Sammelunterkünften. Im Gegensatz zu anderen schutzbedürftigen Gruppen führt die strukturelle Unsichtbarkeit bei LSBTI\*-Geflüchteten dazu, dass ihre Bedarfe sehr oft nicht erkannt und somit keine geeigneten Schutzmaßnahmen eingeleitet werden können.

Da Geflüchtete während des Asylverfahrens – bis zu 24 Monate – in Sammelunterkünften der Bundesländer wohnen (§ 47 Abs. 1b AsylG), liegt der Gewaltschutz bis zu einer möglichen kommunalen Zuweisung der Geflüchteten im Zuständigkeitsbereich der Länder. Die vorliegende Analyse überprüft anhand der bereits erwähnten bundesweiten Mindeststandards die vorliegenden GSK der Bundesländer bezüglich der in ihnen verankerten Maßnahmen zum Schutz LSBTI\*-Geflüchteter vor Gewalt. Die Mindeststandards sind – anders als die jeweiligen GSK – in den Bundesländern nicht verbindlich.

Die bundesweiten Mindeststandards wurden als Ausgangspunkt der Analyse gewählt, da sie zum einen als einziges Dokument einen bundesweit und somit für alle Landesgewaltschutzkonzepte relevanten Referenzrahmen darstellen können. Zum anderen wurde besonders der relevante Annex 1 „Umsetzung der Mindeststandards für LSBTI\*-Geflüchtete“ unter Einbeziehung der Expertise relevanter LSBTI\*-Organisationen entwickelt. Auf insgesamt vier Seiten finden sich daher in ihm zunächst eine kurze aber durchaus fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Spezifika zum Gewaltschutz für LSBTI\*-Geflüchtete und im Weiteren thematisch gegliedert eine ausführliche Aufzählung geeigneter Maßnahmen. Diese Tiefe in der Auseinandersetzung findet sich in keinem der im Vorfeld der Analyse gesichteten Gewaltschutzkonzepte wieder.

In den Jahren 2015 bis 2018 haben 1.526.039 Menschen in Deutschland erstmals internationalen Schutz beantragt (BAMF 2019a: 6). Deutschland ist entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention (Nathwani 2015), Art. 16a GG und der EU-Aufnahmerichtlinie zur Aufnahme verfolgter und nach Deutschland geflüchteter Personen verpflichtet. Umgangssprachlich bezeichnet ‚Asyl‘ die drei internationalen Schutzstatus, die bei einem Asylantrag zusammen mit der

Theresa Dudler/Jannis Niedick

## „Fakten können nicht rassistisch sein“? Eine kritische Diskursanalyse der ‚Nafri‘-Debatte<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** Das Sprechen über sogenannte ‚Nafris‘ entfaltete sich im Zuge des diskursiven Ereignisses der Silvesternacht 2016/17 in Köln. Innerhalb von einer Woche wurde aus der polizeiinternen Bezeichnung für *männliche Intensivstraftäter mit nordafrikanischer Herkunft* eine weit verbreitete Fremdbezeichnung für eine bestimmte Gruppe von Menschen. Methodisch wird im Folgenden mit der Kritischen Diskursanalyse die Berichterstattung in der BILD-Zeitung untersucht. Dabei steht die Produktion von Wissensbeständen und Sagbarkeiten und die sprachlich-diskursive Normalisierung des Wissens über ‚Nafris‘ im Fokus. In der Analyse wird nachgezeichnet, wie der Begriff ‚Nafri‘ zum Emblem für die Konstruktion einer Gruppe von *gefährlichen Anderen* wird und der Herstellung eines ‚barbarischen‘ Kollektivs dient, das als Gefährdung für die nationale Sicherheit, insbesondere der von Frauen, gilt. Die rassistische Homogenisierung der *anderen Männer* führt zu einer Externalisierung von Sexismus und Kriminalität aus dem nationalen Innenraum.

**Schlagwörter:** Nafri; Rassismus; Silvester in Köln; Kriminalisierung; Kritische Diskursanalyse.

### “Facts can’t be racist”? A critical discourse analysis of the ‘Nafri’ debate

**Abstract:** In the wake of the discursive event of New Year’s Eve 2016/17 in Cologne, the label ‘Nafris’, previously only a police-internal term for North African intensive offenders, became a widely used descriptive label for a certain group of people within only one week. This article will examine the coverage of the newspaper BILD by using critical discourse analysis. The aim of this analysis is to understand the production of knowledge, the limits of the sayable, and the linguistic normalization of knowledge about so-called ‘Nafris.’ Furthermore, this work will retrace how the term ‘Nafris’ has been turned into a symbol for the construction of male dangerous others, that are characterized as a barbaric collective and threat for the national security, especially for the security of women. This racist homogenization of male others externalizes sexism and crime by removing it from the intra-national space.

**Keywords:** Nafri; racism; New Year’s Eve in Cologne; criminalization; critical discourse analysis.

## Die ‚Nafri‘-Debatte

Am Silvesterabend 2016 veröffentlichte die Polizei in Köln folgenden Tweet bei der Social-Media-Plattform Twitter: „Am HBF werden derzeit mehrere Hundert Nafris überprüft. Infos folgen“ (A1: 1). Damit fand der Begriff ‚Nafri‘<sup>2</sup> Eingang in den medialen und alltagsweltlichen Sprachgebrauch und stand tagelang im Fokus der Medien. Eine zuvor nur polizeiintern genutzte Abkürzung für „junge Männer aus nordafrikanischen Staaten, die als Intensivstraftäter nicht nur in Köln, sondern bundes- und europaweit zuschlagen“ (A0: 1), wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem breit verwendeten Begriff, mit dem ein spezifisches Wissen über diejenigen Menschen einhergeht, denen eine Zugehörigkeit zur konstruierten Gruppe der ‚Nafris‘ zugeschrieben wird.

Dies wäre keineswegs so machtvoll gewesen und hätte „keinen exemplarischen Wahrheitscharakter gehabt, wenn es nicht durch die schon vorhandene Wissensordnung einer sexualpolitischen Islamkritik gefiltert worden wäre“ (Dietze 2016a: 96), die bereits im Vorjahr sichtbar wurde. Die Silvesternacht in Köln 2015/16 wurde vielfach als konsequenzenreiches diskursives Ereignis beschrieben, das „das ganze Feld der Flüchtlings- und Migrationsdiskussion flutet[e]“ (ebd.: 93) und zu einer Thematisierung von Fragen der Sicherheit und flüchtlingsabwehrenden Forderungen, nach Abschiebungen und Asylbergrenzen führte.

*Köln 2.0.*, also die Silvesternacht 2016/2017, wurde hingegen bisher wenig beachtet, obwohl sich hier sämtliche Logiken, die im Jahr zuvor beschrieben wurden, in zugespitzter Form und als mittlerweile feststehende Wahrheiten wiederfinden. All diese ‚Wahrheiten‘ erscheinen in der Debatte über ‚Nafris‘, die durch den oben zitierten Polizei-Tweet entfacht wurde und sich exemplarisch anhand von BILD-Artikeln nachvollziehen lässt, die innerhalb von fünf Tagen nach Silvester veröffentlicht wurden.

Mit Hilfe der Kritischen Diskursanalyse soll ein rassistuskritischer Blick auf die ‚Nafri‘-Debatte<sup>3</sup> geworfen werden. Welches Wissen wird über ‚Nafris‘ produziert und welchen Einfluss hat dieses Wissen auf die Gestaltung von Gesellschaft? Welche Sagbarkeiten sind innerhalb der ‚Nafri‘-Debatte entstanden und welche Diskurs-Verschiebungen gehen damit einher?

## Kritische Diskursanalyse und die Silvesternacht 2015/2016

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) nach Margarete und Siegfried Jäger ist eine Forschungsperspektive, in der Diskurse als „institutionell verfestigte Redeweisen“ (Link 1983: 60) verstanden werden, die sich „als Fluss von Wissen durch Zeit und Raum“ (Jäger 2015: 29) verbildlichen lassen. Diskurse haben eine soziale Ordnungsfunktion und schaffen einen „Vorrat an Kollektivsymbolen, die alle Mitglieder einer Gesellschaft kennen“ (Jäger 2000: 3). Verschiedene Diskursstränge stehen dabei nicht für sich alleine, sondern beeinflussen sich gegenseitig und sind voneinander abhängig. Die von Margarete Jäger beschriebene Verschränkung von Frauen- und Einwan-



Margo Okazawa-Rey/Gwyn Kirk

## Maximum Security\*

**Abstract:** Okazawa-Rey and Kirk argue that the term *maximum security*, used in the context of the prison system, is an oxymoron. Jails, prisons, and other 'correctional' facilities provide no real security for communities, guards and other prison officials, or inmates. Imprisoning two million people, building more prisons, identifying poor and working-class youth of colour as 'gang members,' and criminalizing poor Black and Latina women does not increase security. Rather, the idea of security must be redefined in sharp contrast to everyday notions of personal security that are based on the protection of material possessions by locks and physical force, as well as prevailing definitions of national and international security based on a militarization that includes the police, border patrols, and armed forces such as the Navy, Army, Marines, and Air Force. To achieve genuine security, we must address the major sources of insecurity: economic, social, and political inequalities among and within nations and communities. The continual objectification of 'others' is a central mechanism underlying systems of oppression—and insecurity—based on class, race, gender, nation, and other significant lines of difference.

**Keywords:** global issues; prisons; insecurity; equality—inequality; community organization.

## Hochsicherheit

**Zusammenfassung:** Okazawa-Rey und Kirk stellen die These auf, dass es sich bei dem Begriff der *Hochsicherheit*, wie etwa in einem ‚Hochsicherheitsgefängnis‘, um ein Oxymoron handelt. Justizvollzugsanstalten und andere sogenannte ‚Besserungsanstalten‘ bieten keine wirkliche Sicherheit für Gemeinden, Wärter und andere Angestellte oder Insassen. Zwei Millionen Menschen einzukerkern, neue Gefängnisse zu bauen, einkommensschwache Jugendliche of Colour aus der Arbeiterklasse als ‚Bandenmitglieder‘ zu bezeichnen und einkommensschwache schwarze und lateinamerikanische Frauen zu kriminalisieren führt nicht zu mehr Sicherheit. Die Vorstellung von Sicherheit müsste vielmehr neu definiert werden: In deutlicher Abgrenzung zu einem alltäglichen Verständnis von persönlicher Sicherheit einerseits, welches sich auf dem Schutz materiellen Eigentums durch Schlösser und physische Kraft gründet, und weit verbreiteten Definitionen nationaler und internationaler Sicherheit andererseits, die auf Militarisierung durch Polizei, Grenzschutz, und bewaffnete Streitkräfte wie Navy, Army, Marines, und Air Force basieren. Um echte Sicherheit zu schaffen, müssen die wichtigsten Quellen von Unsicherheit bekämpft werden: ökonomische, soziale und politische Ungleichheiten innerhalb und zwischen Nationen und Gemeinden. Die anhaltende Objektifizierung von ‚Anderen‘ ist ein zentraler Mechanismus hinter Systemen der Unterdrückung – und der Unsicherheit, die sich an Klasse, *race*, Geschlecht, Nation und anderen einflussreichen Unterscheidungslinien generiert.

**Schlagwörter:** globale Problemstellungen; Gefängnisse; Unsicherheit; Gleichheit/ Ungleichheit; community organization.

\*This article was first published in: Social Justice Vol. 27, 3 (2000). pp. 120-132. For details see p. 81.

The Term *Maximum Security*, used in the context of the prison system, is an oxymoron. Jails, prisons, and other 'correctional' facilities provide no real security for communities, guards and other prison officials, or inmates. Imprisoning two million people, building more prisons, identifying poor and working-class youth of color as 'gang members,' and criminalizing poor Black and Latina women does not increase security.

Rather, we argue that the idea of security must be redefined in sharp contrast to everyday notions of personal security that are based on the protection of material possessions by locks and physical force, as well as prevailing definitions of national and international security based on a militarization that includes the police, border patrols, and armed forces such as the Navy, Army, Marines, and Air Force. To achieve genuine security, we must address the major sources of insecurity: economic, social, and political inequalities among and within nations and communities. The continual objectification of 'others' is a central mechanism underlying systems of oppression—and insecurity—based on class, race, gender, nation, and other significant lines of difference (Mies/Shiva 1993; Plumwood 1993).

Many people worldwide—in rich and poor countries—lack food, clean water, adequate housing, or a means of livelihood. Others have been dislocated and scarred, physically and emotionally, by war, the threat of war, or preparations for war. Many suffer abuse at the hands of family members. Environmental degradation and an economic system that puts profits before human needs affect us all. The intensification of global economic connections, leading to the widening gap between rich and poor, is a life-threatening process for many people, and for the physical environment. At root, this global economic system does not value people or the nonhuman world. How, then, do we think of security?

A more sustainable and secure future means rethinking current economic systems and priorities, and emphasizing ecologically sound production to meet people's basic needs. At a local level it implies support for community gardens, farmer's markets, credit unions, and small-scale worker-owned businesses and markets. It implies local control over transnational corporations and the reduction of poor countries' foreign debt. It means living more simply; recycling materials; mending clothes, shoes, and appliances; bartering for some of the things we need; and buying directly from farmers and craft workers. It means valuing unpaid domestic and caring work, a key aspect of sustaining home and community. It requires a broader definition of wealth to include everything that has the potential to enrich people and their communities: health and well-being, physical energy and strength, safety, time, skills, talents, wisdom, creativity, love, community support, a connection to one's own history and cultural heritage, and a sense of belonging. It is important to separate the *quality* of our lives from the *standard* of our living. Frugality originally meant fruitfulness (Filemyr 1995).

## “We care about feminist notions of genuine security”

A Conversation with Margo Okazawa-Rey. By Katrin Meyer.

Margo Okazawa-Rey is Professor Emerita at San Francisco State University. Her research develops an understanding of security from an intersectional, transnational, and activist perspective. She examines the connections between militarism, economic globalization and the impacts on local and migrant women in East Asia, as well as the role of feminist research in activism, women’s empowerment and policy change. She was a founding member of the Combahee River Collective, which articulated a theory of intersectionality in the 1970s.

The following interview with Margo Okazawa-Rey took place on September 24, 2019 by video call.

**Katrin Meyer:** *You have contributed with crucial analyses and texts to the Black feminist movements since the late 1970s, including your participation in the manifesto of the Combahee River Collective. For many years now, your intellectual and political work has been devoted to issues around security and militarization, mainly in Africa and Asia. How come? Why did this topic become so important for you?*

**Margo Okazawa-Rey:** That is an excellent question. The Combahee River Collective gave me a very important foundation for understanding the world around me. We first started getting together around 1975 and then the manifesto, as you call it, “The Combahee River Collective. A Black Feminist Statement” came out, I believe it was in 1978 or something like that.<sup>1</sup> But we’d been doing work before then and all of us in the Collective were doing various kinds of organizing. Some people were doing work around sterilization abuse of Puerto Rican women, for example. I was doing work around ending violence related to public school desegregation in Boston. We really understood the way that race, class, gender, nation, capitalism, and imperialism work together. We thought substantively about what is so popularly known as intersectionality, the term that was coined by Kimberlé Crenshaw, but the thinking was long before the published word. So my foundation is very much rooted in thinking intersectionally. Just as a matter of course. I am a sociologist by training and I am also an educator. All those ways of looking at the world that were so integral to our work as the Combahee River Collective were almost by nature and by training ‘who I am’ – and I am still like that.

This question of security has come up in different contexts. I start with an important turning point in my own intellectual-political development that real-